

Vernichtende Systemkritik

Wirtschaftspolitik. OECD-Experte Wörgötter: „Verschwendung ist kein Konjunkturprogramm“

VON ANDREA HODOSCHEK

Eine derart schonungslose Analyse ist von Wirtschaftsforschern selten bis gar nicht zu hören. „Was läuft eigentlich schief am Standort Österreich?“ lautete die Frage der Denkfabrik Agenda Austria an Andreas Wörgötter, der bis Mai viele Jahre lang bei der OECD für Österreich zuständig war. Die Beantwortung wurde zur vernichtenden Kritik an der heimischen Wirtschaftspolitik.

Zuerst das Positive. Österreich war in der Vergangenheit wirtschaftlich hervorragend unterwegs und hat beim Wachstum die meisten EU-Staaten hinter sich gelassen.

Das sei allerdings nicht der Wirtschaftspolitik zu verdanken, „sondern war ein warmer Regen von außen“, konstatiert Wörgötter. Maßgebliche Faktoren waren etwa der Binnenmarkt, die Öffnung Osteuropas oder die Einführung des Euro.

„Damit mit Österreich alles so bleibt, wie es ist, muss sich sehr viel ändern“, mahnt der Wirtschaftsforscher. Österreich habe die gute Zeit nicht genutzt, um die Staatsverschuldung zu reduzieren. Sondern den Schuldenstand zusätzlich erhöht, „um die bestehenden ineffizien-

ten Strukturen aufrechtzuerhalten“.

Wie aber schafft Österreich einen Wachstumspfad von zwei Prozent, der notwendig ist, um nicht zum wirtschaftlichen Hinterbänkler abzurutschen?

Kosteneffizienz steht für Wörgötter an erster Stelle. Der öffentliche Sektor müsse „ein bedingungsloses Bekenntnis“ zur Kosteneffizienz abgeben. Mehr Leistung für weniger Geld müsse möglich sein, „Verschwendung im öffentlichen Sektor ist kein Konjunkturbelebungsprogramm“. Besonders scharfe Kritik bekommt das „fiskal-föderale Beziehungsgeflecht“ ab: „Das Ausmaß an Geldverschwendung dort spottet jeder Beschreibung.“

„Katastrophe“ Das Bildungssystem bezeichnet der OECD-Experte überhaupt als „Katastrophe“. Österreich könne sich als Standort nur halten, wenn die entsprechenden Rahmenbedingungen geboten würden, dass Unternehmen mit Freude in neue Technologien und Innovation investieren und hoch qualitative Arbeitsplätze schaffen könnten. Dafür allerdings „ist unser Bildungssystem nicht geeignet“.

Osterreich sei außerdem „das einzige Land der Welt, in dem es 30 öffentliche Krankenversicherungsträger ohne Wahlmöglichkeit gibt“. Die obendrein unter Selbstverwaltung stehen. Wörgötter plädiert für die Finanzierung des Sozialsystems über Steuern, wie etwa in Dänemark. Das österreichische Steuersystem sei „das ineffizienteste, das man sich vorstellen kann“. Außerdem leiste sich Österreich den Luxus, „dass auch höchstqualifizierte Frauen nach dem ersten Kind nur teilweise an den Arbeitsplatz zurückkehren“.

Die Agenda von Bundeskanzler Christian Kern beurteilt Wörgötter unterschiedlich. Eine Wertschöpfungsabgabe („Maschinensteuer“) mache ebenso wenig Sinn wie die Selbstverwaltung der Sozialversicherungsträger. Österreich brauche keine Maschinensteuer, öffentliche Leistungen sollten aus öffentlichen Steuern mit Durchgriffsrecht der Politik finanziert werden. Dann wären die Sozialpartner draußen und die oberösterreichische Gebietskrankenkasse wäre beispielsweise Vergangenheit. Die Sozialpartner



FOTOLIA (2) KURIER-MONTAGE



Wörgötter: „Bildungssystem ist eine Katastrophe“

Minister Kurz: „Abgehobene Eliten“

EU-Politik. Asylpolitik regeln und rasch mit den Briten verhandeln

Goodbye Brits, und zwar bald! Außenminister Sebastian Kurz wünscht sich zwar eine zügige Abwicklung des Austritts zwischen Großbritannien und EU, aber die weitere Zusammenarbeit müsse zugleich ordentlich geklärt werden. Wirtschaftlich müsse man verbunden bleiben, „es wird geregelte Verhältnisse zwischen der EU und Großbritannien geben“, sagte er bei der Diskussionsreihe „Bright Minds“ – eine Runde mit Top-Managern, organisiert von KURIER, Format und Spiegelfeld Immobilien.

Der ÖVP-Politiker zitiert einen seiner EU-Amtskollegen: Solange das Asylthema ungelöst sei, „wird es immer gegen die EU ausgehen“, egal wo. Fatal sei: Teile der Elite hinterfragten sich nicht selbst, sondern reagierten abgehoben, nach dem Motto: „Ihr mit euren Ängsten, ihr habt falsch entschieden.“

Spitzenwert Früher seien immer in der Regel 10.000 bis 15.000 Flüchtlinge im Jahr nach Österreich gekommen, das konnten wir relativ gut verkraften, meinte

Kurz – selbst das sei aber schon ein Spitzenwert im internationalen Vergleich. Die jetzige – nicht unumstrittene Obergrenze – aus der u. a. der Familiennachzug herausgerechnet wird, beträgt übrigens 37.500 Asylansuchen.

Zur EU: Diese müsse sich wieder auf Kernthemen wie Sicherheit und Wirtschaft konzentrieren, aber nicht Nebensächliches regulieren. Und: Eine Sozialunion zu schaffen sei falsch: „Die Lohn- und Sozialniveaus in der EU sind so unterschiedlich, dass das eine Illusion ist.“

Kern-Punkte Die Agenda von Bundeskanzler Christian Kern beurteilt Wörgötter unterschiedlich. Eine Wertschöpfungsabgabe („Maschinensteuer“) mache ebenso wenig Sinn wie die Selbstverwaltung der Sozialversicherungsträger. Österreich brauche keine Maschinensteuer, öffentliche Leistungen sollten aus öffentlichen Steuern mit Durchgriffsrecht der Politik finanziert werden. Dann wären die Sozialpartner draußen und die oberösterreichische Gebietskrankenkasse wäre beispielsweise Vergangenheit. Die Sozialpartner

sollten sich stattdessen wieder darauf konzentrieren, die Produktivität zu steigern.

Die Vermögensbesteuerung befürwortet der Wirtschaftsexperte. Voraussetzung sei aber eine Steuerstrukturreform, die Arbeitseinkommen und die Einkommen aus unternehmerischer Tätigkeit entlaste.

Gegen kürzere Arbeitszeiten im individuellen Bereich spreche nichts, „wer weniger arbeiten will, soll das können“. Als wirtschaftspolitische Maßnahme sei die Verkürzung jedoch „eine Belastung, die die Lohnkosten erhöht, und eine Behinderung der Wahlfreiheit“. Es gebe kein Potenzial an Arbeit, „das gestreckt werden kann“.

KRISEN-HILFE

Staatliche Bankenholding löst sich mit Ende Juni auf

Erlедigt. Die nach der Finanzkrise 2008 gegründete staatliche Bankenholding Fimbag wird mit Ende Juni ihre Tätigkeit beenden. Die Fimbag hatte als Tochter der Staatsholding ÖIAG die Aufgabe, die öffentlichen Hilfgelder für die in der Krise in Kapitalnot gekommenen heimischen Banken zu verwalten.

Zum Höhepunkt hatte die Fimbag unter der Leitung von Klaus Liebscher 5,4 Milliarden Euro an sogenannten Partizipations- und Aktienkapital in den Banken stecken. Das Geld diente den Banken – Bawag/PSK, Erste Group, Raiffeisen Bank International, Hypo Alpe Adria und Österreichische Volksbanken AG – zur Stärkung des Eigenkapitals. Sie mussten dem Staat dafür hohe Zinsen von mehr als acht Prozent zahlen. Erste Group, Bawag/PSK und Raiffeisen haben inzwischen das gesamte Partizipationskapital – in Summe 3,5 Milliarden Euro – an den Staat zurück gezahlt. Die restlichen 1,9 Milliarden Euro sind für den Staat verloren. Die Hypo Alpe Adria und die Volksbanken verbrauchten das Kapital und zahlten auch keine Zinsen.

Bad Banks

In der Fimbag sind auch die Bad Banks, also die nicht mehr wirtschaftlich betreibbaren Bankteile von Hypo Alpe Adria, die Immigon der Volksbanken AG und die KA Finanz angesiedelt. Die Hypo Bank wird an die Bankenaufwicklungsgesellschaft des Bundes (ABBAG) übertragen, die Anteile an den beiden anderen Bad Banks direkt ans Finanzministerium.

Zuständig war die Fimbag auch für den Verkauf der Hypo-Tochterbanken in Südosteuropa an den Investmentfonds Advent und für die Privatisierung eines Teilbetriebs der Kommunalkredit.

Beschlossen wurde das Aus für die Fimbag von der Regierung schon im November 2015. „Sparsamkeit“ nannte Finanzminister Schelling als Grund dafür.

ÜBERBLICK

Einzelhandel hat leicht zugelegt

Österreich. Der Einzelhandel hat sich 2015 nach drei schwachen Jahren etwas erholt. Der Umsatz stieg um 2,1 Prozent auf 59,2 Mrd. Euro. Damit blieb das Umsatzwachstum unter dem langfristigen Niveau von drei Prozent, geht aus dem Branchenbericht der Bank Austria hervor. „Für eine stärkere Konsumnachfrage fehlten vor allem Impulse von den Haushaltseinkommen“, heißt es in der Analyse. „Zudem ist der Druck am Arbeitsmarkt gestiegen und hat die Konsumentenstimmung im Lauf des Jahres wieder

Wenig Wachstum für Autoindustrie

Deutschland. Die Umsätze der deutschen Autoindustrie, für die es in Österreich zahlreiche Zulieferbetriebe gibt, haben in den ersten drei Monaten 2016 einen deutlichen Dämpfer erfahren. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum stiegen die Einnahmen der Unternehmen im ersten Quartal laut der Beratungsgesellschaft Ernst & Young (EY) um nur 0,6 Prozent auf 99,4 Mrd. Euro. Im ersten Quartal 2015 habe das Plus noch mehr als zehn Prozent betragen. Verantwortlich für das Mini-Wachstum 2016 ist vor allem der Export. Ein



APA | THOMAS HABERLAND

Übernahme von Starwood durch Marriott

EU stimmt zu. Die Hotel-Branchenriesen Marriott und Starwood können nach Ansicht der EU-Wettbewerbsbehörden ihre Fusion zum weltgrößten Hotel-Konzern vorantreiben

Sanofi und Boehringer fixieren Tausch

Frankreich. Die beiden Pharma-Riesen Sanofi (Frankreich) und Boehringer Ingelheim (Deutschland) haben die Unterzeichnung von Verträgen zum Tausch von Sanofis Tiergesundheitsgeschäft („Merial“) und Boehringer Ingelheims Selbstmedikationsgeschäft (CHC) bekannt gegeben. Der Abschluss („Closing“) wird für Ende 2016 erwartet. Bis zum Closing steht die Transaktion unter dem Vorbehalt der wettbewerbsrechtlichen Genehmigung. Teil des Tausches ist eine Zahlung an Sanofi in Höhe von 1,7 Mrd.

Gesucht: Start-ups mit Jobs für Flüchtlinge

Deloitte. Das Beratungsunternehmen Deloitte Österreich und der Impact Hub Vienna suchen Initiativen, die Arbeitsplätze für geflüchtete Menschen schaffen. Bewerber können sich Start-up-Projekte ab 29. Juni bis 4. September unter <http://vienna.impacthub.net/program/found/> Eine Expertenjury sucht die sechs vielversprechendsten Projekte aus. Sie werden bei der Umsetzung von Deloitte-Experten unterstützt, können Workshops besuchen und erhalten Trainings. Drei der Start-ups können zusätzlich auf finanzielle Unter-

WEITERE MELDUNGEN